

**10
79**

Union in Deutschland

Bonn, den 8. März 1979

Einmütig für Karl Carstens

Der nächste Präsident unserer Republik wird Karl Carstens heißen, nachdem sich die Delegierten der CDU/CSU-Fraktion der Bundesversammlung, die ihn wählt, einmütig für ihn ausgesprochen haben. Für die Wahl des Bundespräsidenten am 23. Mai 1979 sind im 1. Wahlgang 519 Stimmen erforderlich. Von den 531 Delegierten der CDU/CSU haben sich 529 für Karl Carstens ausgesprochen. SPD und FDP verfügen zusammen über 505 Stimmen.

Das eindeutige Votum für Karl Carstens hat die deutsche Öffentlichkeit stark beeindruckt. Die Union hat somit eine wichtige Entscheidung getroffen, stellte Helmut Kohl fest. Zum ersten Mal in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland verfügt die CDU/CSU über die absolute Mehrheit in der Bundesversammlung. Diese Mehrheit ist uns nicht einfach zugefallen, sondern das Ergebnis harter Arbeit und des Vertrauens unserer Mitbürger bei einer ganzen Serie von Landtagswahlen und bei der letzten Bundestagswahl 1976. Wir haben uns der besonderen Verantwortung für die Wahl des Staatsoberhauptes ganz selbstverständlich gestellt. Wir haben uns diese Verantwortung nicht leicht gemacht. Wir treten für Karl Carstens ein, was jedoch in gar keiner Weise

(Weiter auf Seite 2)

■ PRÄSIDENTENWAHL

- Karl Carstens: Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit werden mein Verhalten bestimmen Seite 2
- So wurde abgestimmt Seite 3
- Das Echo der Presse Seite 5
- Karl Carstens — 30 Jahre Dienst am demokratischen Staat Uid-Extra/gelber Teil

■ VERJÄHRUNG

- Gruppenantrag aus der CDU/CSU-Fraktion Seite 7

■ EAK

- Protestanten der Union zu den Herausforderungen unserer Zeit Seite 11

■ EXIL-CDU

- Solange Deutschland gespalten ist, bleibt auch Europa gespalten Seite 13

■ RCDS

- Freiheit des Studiums durchsetzen Seite 15

■ DOKUMENTATION

- Die unsichtbare Staatsquote grüner Teil

■ EUROPA

- Die Freunde der SPD blauer Teil

heißt, daß sich die Kandidatur unseres Kandidaten gegen irgend jemand anderen richtet. Jedes Amt in einer freiheitlichen Demokratie ist ein Amt auf Zeit, es wird auf Zeit verliehen, und wenn die Zeit abgelaufen ist, muß man sich erneut um das Mandat bewerben. Karl Carstens hat bei seiner Ansprache an die Delegierten der Union mit Recht darauf hingewiesen, daß aus unserem Vokabular der Begriff des Machtwechsels aus Anlaß einer solchen Wahlentscheidung nicht entstanden ist.

CDU/CSU sind sicher, betonte Helmut Kohl, daß sie mit der Wahl von Karl Carstens der Bundesrepublik einen hervorragenden Sachwalter und Repräsentan-

tanten vorschlagen. Karl Carstens hat in drei Jahrzehnten unserem Vaterland in wichtigen Funktionen gedient. Er ist das Beispiel eines untadeligen Demokraten, eines Mannes, der mit Zuverlässigkeit, Ernst und mit Verantwortungsbewußtsein die ihm übertragenen Aufgaben übernimmt und ausführt.

Mit Glaubwürdigkeit und Integrationskraft hat Karl Carstens insbesondere sein Amt als Präsident des Deutschen Bundestages versehen. Im In- und im Ausland ist er als ein besonders kompetenter, sachkundiger Partner geschätzt. Wir, die Union, und eine große Mehrheit in unserem Volke haben Vertrauen zu Karl Carstens.

Karl Carstens:

Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit werden mein Verhalten bestimmen

Karl Carstens gab vor den Wahlmännern der CDU folgende Erklärung ab:

Ich brauche mich Ihnen nicht vorzustellen, Sie kennen mich. Auch mein Lebensweg ist Ihnen bekannt. Der große Einschnitt war das Jahr 1945. Vorher Jugend, Schulzeit, Ausbildung, Kriegsdienst; nachher berufliche Tätigkeit als Anwalt im bremischen Staatsdienst, im Auswärtigen Amt, im Verteidigungsministerium, im Bundeskanzleramt, als Hochschullehrer. Der bremische Senat, damals eine Koalition von SPD und FDP, schickte mich 1949 als ersten bremischen Bevollmächtigten nach Bonn. Fünf Jahre später trat ich in den Bundesdienst über. Ich arbeitete eng mit den drei Kanzlern der CDU, Konrad Adenauer, Ludwig Erhard, Kurt Georg Kiesinger, zusammen. In der Ära Ade-

nauer wurde ich auf seinen Wunsch Staatssekretär.

Die Bundesrepublik Deutschland habe ich auf vielen großen internationalen Konferenzen vertreten.

1969, mit dem Ende der Regierung Kiesinger, schied ich aus dem öffentlichen Dienst wieder aus und widmete mich drei Jahre meiner wissenschaftlichen Arbeit.

1972 habe ich auf Zureden unserer Freunde Kai-Uwe von Hassel und Gerhard Stoltenberg für den Bundestag kandidiert und wurde als letzter auf der schleswig-holsteinischen Landesliste gewählt.

Ein halbes Jahr später wählte mich die CDU/CSU-Fraktion zu ihrem Vorsitzenden. Ich will über die folgende Zeit

So wurde abgestimmt

CDU-Teil der CDU/CSU-Fraktion der Bundesversammlung

Für die Nominierung Karl Carstens

419 Delegierte

417 Delegierte

1 Stimmzettel nicht beschrieben

schriftliche Erklärung des MdB Evers, für Carstens zu stimmen, wenn Scheel nicht kandidiert (nicht als Stimme für Carstens mitgezählt)

Anwesend waren 394 Delegierte, entschuldigt 25 Delegierte, davon gaben 15 Delegierte ihre Stimme per Briefwahl ab, 7 mit schriftlichen Erklärungen und 2 mit mündlichen Erklärungen für Karl Carstens.

CSU-Teil

112 Delegierte

Für die Nominierung von Karl Carstens

112 Delegierte

Anwesend waren 104 Delegierte, entschuldigt 8 Delegierte, davon gaben 6 mit schriftlichen und 2 mit mündlichen Erklärungen ihre Stimme für Karl Carstens ab.

Gesamt-Fraktion

531 Delegierte

Für die Nominierung von Karl Carstens

529 Delegierte

Zusammensetzung der Bundesversammlung

1 036 Delegierte

CDU/CSU	531
SPD	439
FDP	65
Sonstige	1
	<hr/>
	505

Für die Wahl des Bundespräsidenten am 23. Mai 1979 sind im 1. Wahlgang **519 Stimmen** erforderlich.

selbst nicht urteilen. Ich meine, wir haben gemeinsam ganz ansehnliche Erfolge bei den Landtagswahlen und bei der Bundestagswahl erzielt.

1976 nominierte mich die CDU/CSU-Fraktion einstimmig für das Amt des Bundespräsidenten, und ich wurde mit 346 Stimmen gewählt. Das bedeutet, daß mehr als 90 Abgeordnete der Koalitionsparteien von SPD und FDP mir damals ihre Stimme gegeben haben.

Ich sehe das als einen Vertrauensbeweis an, über den ich mich gefreut habe, der nur in einem merkwürdigen Gegensatz zu der Kampagne steht, die jetzt gegen mich entfaltet wird.

Ich will auf die einzelnen Punkte, die gegen mich vorgebracht werden, nicht eingehen. Nur zu meinem Prozeß gegen Metzger möchte ich ein Wort sagen. Zunächst: Es handelt sich um einen Zivilprozeß. In diesem Prozeß bin ich

der Kläger und ist Metzger der Beklagte.

Was meine Aussage vor dem Untersuchungsausschuß anlangt, so bin ich nach wie vor der festen Überzeugung, daß sie als Ganzes genommen objektiv richtig war, ohne daß ich insoweit der gerichtlichen Entscheidung vorgreifen will. In jedem Fall habe ich nach meinem besten damaligen Wissen ausgesagt.

Ich bewerbe mich jetzt für das höchste Amt in unserem Lande, das Amt des Bundespräsidenten, und ich bitte um Ihr Vertrauen und um Ihre Stimme. Dieses Amt werde ich in Übereinstimmung mit den politischen Grundsätzen ausüben, die mich bisher geleitet haben. Die Grundwerte Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit werden mein Verhalten bestimmen. Ich werde alles in meinen Kräften Stehende tun, um unserem Lande den Frieden zu bewahren.

Ich werde mich dafür einsetzen, daß in unserem Lande die Freiheit erhalten bleibt, Freiheit nicht als ein Zustand ohne Bindungen und Schranken, sondern Freiheit im Sinne einer verantworteten Freiheit, einer Freiheit, die nicht nur aus Rechten, sondern auch aus Pflichten besteht, bei der jeder Bürger seine Verantwortung für sich selbst, für seinen Nächsten und für die Gesamtheit empfindet.

Ich werde mich für mehr Solidarität in unserem Lande einsetzen, und zwar im Sinne einer gesamtgesellschaftlichen Solidarität. Eine Solidarität, innerhalb derer wohl jede Gruppe legitimerweise versuchen kann, ihre Rechte zu wahren, bei der aber der Blick für die Gesamtheit nicht verlorengehen darf, bei der das Gesamtinteresse der überragende Gesichtspunkt sein muß.

Ich werde mich dafür einsetzen, daß der Gedanke der Solidarität auch und gerade gegenüber Familien mit Kindern in die politische Wirklichkeit umgesetzt wird. Ebenso werde ich für Solidarität mit den Ländern der Dritten und Vierten Welt eintreten.

Ich werde mich für die Verwirklichung von mehr Gerechtigkeit in unserem Lande einsetzen. Mehr Gerechtigkeit zugunsten der sozial Schwachen, zugunsten der Randgruppen unserer Bevölkerung, zugunsten der Behinderten, der Ausländer, der Kranken, der Alten. Aber auch mehr Gerechtigkeit für die junge Generation im Sinne von mehr Chancengleichheit für den vor ihnen liegenden Lebensweg.

Dabei darf nach meiner Überzeugung die Verwirklichung dieses Grundsatzes von mehr Chancengleichheit nicht darin bestehen, daß man möglichst alle Bildungseinrichtungen allen Jugendlichen zur Verfügung stellt, sondern die Verwirklichung von Chancengleichheit muß umgekehrt auch dadurch gesucht werden, daß wir demjenigen, der kein Abitur gemacht hat und keine Hochschule durchlaufen hat, sondern über Hauptschule, Realschule und Berufsschule ein gutes berufsbezogenes Wissen erworben hat, ebenfalls die Chance geben, in die führenden Stellungen unseres Staates, unserer Wirtschaft und unserer Gesellschaft aufzusteigen.

Ich werde mich unablässig um die Erhaltung des Friedens bemühen, des Friedens in den internationalen Beziehungen und des Friedens im Innern. Ich werde mich jeder Theorie, die die Anwendung von Gewalt zur Verwirklichung politischer Ziele, sei es nach außen, sei es im Innern, befürwortet, mit Entschiedenheit entgegenstellen. Ich werde nicht müde werden, die Eini-

gung Europas als vordringliches Ziel deutscher Politik zu fordern. Ich werde für das NATO-Bündnis eintreten.

Ich werde die Bedeutung der Bundeswehr für die Erhaltung des Friedens hervorheben, und ich werde darauf hinweisen, daß ein ausgewogenes Stärkeverhältnis zwischen Ost und West Voraussetzung für die Sicherung des Friedens und für erfolgversprechende Abrüstungsverhandlungen ist.

Ich werde alle Bemühungen um eine ausgewogene Entspannungspolitik gegenüber der Sowjetunion, den anderen osteuropäischen Staaten und der DDR unterstützen. Dabei werde ich das Ziel nicht aus dem Auge verlieren, einen

Zustand des Friedens in Europa zu erreichen, bei dem auch das deutsche Volk in freier Selbstbestimmung seine Einheit wiedererlangt. Unserer Verbundenheit mit Berlin werde ich immer wieder Ausdruck geben.

Dies alles werde ich unter strikter Beachtung der Regeln tun, die unser Grundgesetz für die Amtsführung des Bundespräsidenten aufstellt. Mir liegt nichts ferner, als meine Wahl mit der Vorstellung eines Machtwechsels in unserem Lande in Verbindung zu bringen. Ich werde mich bemühen, meine Pflicht zu tun, meine Pflicht nach meiner besten Überzeugung.

Ich bitte um Ihr Vertrauen, ich bitte um Ihre Stimme.

Und das schreibt die Presse (6.3.1979):

Es sollte nun mit der Rufmordkampagne gegen Karl Carstens Schluß sein. Die Demontage der Weimarer Demokratie begann mit der Verunglimpfung ihres Präsidenten Friedrich Ebert. Das Ende ist bekannt. Es sollte uns eine Warnung sein.

Bild

Was hat das Bonner Regierungslager nicht alles in Bewegung gesetzt, um einen Bundespräsidenten Carstens zu verhindern. Es begann im hessischen Wahlkampf, als die SPD mit Scheel Propaganda machte. Dann kam die Enthüllung, Carstens sei Mitglied der NSDAP gewesen; von der NSDAP-Zugehörigkeit Scheels sagten die Enthüller kein Wort. Es folgten politische und charakterliche Unwert-Urteile über Carstens. Ein von diesem angestrengter, schwembernder Zivilprozeß hatte dafür als Vor-

wand zu dienen. Nun hat gar der Berliner Justizsenator Meyer aus dem bisherigen Verlauf dieses Prozesses abgeleitet, gegen Carstens sei ein Strafverfahren einzuleiten. Die zuständige Bonner Staatsanwaltschaft hatte die Frage bereits geprüft und verneint; ob sie dabei bleibt, ist ihre Sache. Ihr öffentlich unerbetene Ratschläge zu geben, gehört nicht zu den Aufgaben des Berliner Justizsenators. Zu dem Ganzen lieferte Wehner einen ideologischen Überbau mit dem verfassungspolitisch bedenklichen Vorschlag, das Staatsoberhaupt solle vom Volk gewählt werden.

In dem Eifer steckt kein Körnchen Weisheit, dafür aber ein dickes Stück Fanatismus. Wie kommt es dazu? Es scheint, führende Männer der Koalition können den Gedanken nicht ertragen, daß im politischen Familienkreis der Bonner Macht wahrscheinlich ein Mann

aus der Opposition Platz nehmen wird. Dabei brauchten sie um die Macht nicht zu bangen — der Bundespräsident hat daran so gut wie keinen Anteil. Ein seltsamer Kampf: viele fragwürdige Mittel für ein geringwertiges Ziel — das noch nicht einmal erreicht wird.

Mit Agitation gegen Carstens kommt die Koalition jetzt nicht mehr weiter.

Frankfurter Allgemeine Zeitung

Da das Rennen nun schon geläufen scheint, wären weitere knallharte Auseinandersetzungen um die Präsidentenwahl unvernünftig, ja für das ohnehin strapazierte höchste Staatsamt schädlich. Es entspräche durchaus dem Verantwortungsgefühl des amtierenden Bundespräsidenten Scheel, wenn er selbst ein klarendes und schlichtendes Zeichen setzte.

Ruhr-Nachrichten

Mit der nahezu einstimmigen Nominierung von Karl Carstens für das Amt des Bundespräsidenten durch die CDU/CSU-Fraktion der Bundesversammlung bricht eine seit Wochen laufende Kampagne in sich zusammen. Wurde nicht noch vor ein paar Tagen bedeutungsvoll gemunkelt, 20 bis 30 Wahlmänner der Union würden sich zumindest der Stimme enthalten? Nach einer langen Durststrecke zeichnet sich für CDU und CSU wieder einmal so etwas wie ein Silberstreifen am Horizont ab.

Rheinische Post

In der Sache bedeutet das klare Votum für Karl Carstens, daß er nach menschlichem Ermessen neuer Bundespräsident werden wird. Kein Konkurrent aus

dem sozial-liberalen Lager wird die Geschlossenheit der Union aufbrechen können.

Stuttgarter Nachrichten

Abtrünnige Wahlmänner, von denen in letzter Zeit so viel gemunkelt wurde, haben sich bei der Probeabstimmung in Luft aufgelöst.

General-Anzeiger, Bonn

Daß 529 der 531 Wahlmänner, über die CDU und CSU bei der Wahl des Bundespräsidenten verfügen, ihn wählen wollen, ist ein stolzes Ergebnis..

Kölner Stadt-Anzeiger

Der nächste Bundespräsident wird Karl Carstens heißen. Daran kann es nun keinen Zweifel mehr geben.

Frankfurter Rundschau

Auch wahlaktische und psychologische Hinhaltemaßnahmen der SPD/FDP können nicht über die politische Realität der CDU/CSU-Mehrheit in der Bundesversammlung hinwegtäuschen. Diese wird nach menschlichem Ermessen Prof. Carstens an die Staatsspitze wählen.

Allgemeine Zeitung, Mainz

Die Persönlichkeit von Karl Carstens sowie die programmatiche Erklärung, die er gestern abgab, machen es auch Nicht-Anhängern möglich, ihn als kommenden Bundespräsidenten zu respektieren. Als er 1976 zum Bundestagspräsidenten gewählt wurde, erhielt er immerhin auch 90 Stimmen aus dem Lager der SPD/FDP-Koalition.

Rhein-Zeitung

■ VERJÄHRUNG

Gruppenantrag aus der Fraktion

In der Diskussion um die Aufhebung der Verjährung von Mord gibt es neben der Meinung der Fraktionsmehrheit (siehe UiD 7/79 vom 15. Februar) auch einen eigenen Gruppenantrag von 28 Abgeordneten der CDU/CSU-Fraktion, die am 7. Februar 1979 folgenden Gesetzentwurf eingebbracht haben:

Der Bundestag wolle beschließen

- ① Die Strafverfolgung von Mord unterliegt nicht der Verjährung.
- ② Die Regelung gemäß Nummer 1 gilt auch für Straftaten, die im Zeitpunkt ihres Inkrafttretens noch nicht verjährt sind.
- ③ Die Bundesregierung wird beauftragt, einen entsprechenden Gesetzentwurf vorzulegen.

Begründung

① Das Leben des einzelnen Menschen ist das höchste Rechtsgut. Zerstörung des Lebens durch Mord ist deshalb der schwerste Verstoß gegen das Recht. Aufgabe des Strafrechts ist es, durch seine Strafandrohung bei Mord der Wertvorstellung vom Schutz des Lebens zu entsprechen und zugleich ein bewußtseinsbildendes Unwerturteil zum Ausdruck zu bringen.

Die Todesstrafe als Sanktion für schwerste Tötungsdelikte ist abgeschafft und muß es bleiben. An ihre Stelle ist die lebenslängliche Freiheitsstrafe getreten. Nach Auffassung des Bundesverfassungsgerichts (Urteil vom 21. Juni 1977) ist die lebenslange Frei-

heitsstrafe für Mord mit dem Grundgesetz nur vereinbar, wenn „dem zu lebenslanger Freiheitsstrafe Verurteilten grundsätzlich eine Chance verbleibt, je wieder der Freiheit teilhaftig zu werden“. Notwendig ist deshalb eine gesetzliche Regelung der Voraussetzungen, unter denen die Vollstreckung einer lebenslangen Freiheitsstrafe ausgesetzt werden kann.

Solche Regelung würde praktisch zu einer zeitlichen Begrenzung der Freiheitsstrafe für Mord in den meisten Fällen führen. Die besondere strafrechtliche Sanktion für Mord ist damit abbaut. Eine besondere Sanktion ist jedoch zur Verdeutlichung der Verwerflichkeit der schwersten Tötungsdelikte und der Entschlossenheit der Rechtsordnung, das höchste Rechtsgut auch besonders zu schützen, unverzichtbar. Ebenso wie beim Völkermord ist sie auch dann gegeben, wenn die Rechtsordnung die Verletzung des höchsten Rechtsgutes durch Mord von der Verjährung ausnimmt.

② Gewichtige Überlegungen zur Rechtssicherheit und zum Rechtsfrieden, wie sie dem Prinzip der Verjährung zugrunde liegen, müssen demgegenüber zurücktreten. Für das Delikt des Völkermordes hat der Gesetzgeber diese Rechtsgüterabwägung bereits vorgenommen und die Verjährung der Strafverfolgung ausgeschlossen. Für Mord, insbesondere auch in seinen neueren Formen des terroristischen Mordes, gelten die gleichen Erwägungen.

Sozialpartnerschaft bestätigt

Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts beinhaltet die Aufforderung an die Sozialpartner, auch künftig die Mitbestimmung im Geiste der Sozialpartnerschaft — nicht des Klassenkampfes — auszuüben, erklärte Helmut Kohl.

Die CDU begrüßt, daß das Bundesverfassungsgericht mit der Verkündung des Urteils zugleich die vollständige schriftliche Begründung bekanntgegeben hat. Damit ist allen Spekulationen über die Auslegung des Urteils von Anfang an der Boden entzogen. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion wird das Urteil des Bundesverfassungsgerichts eingehend analysieren. Erst nach einer sorgfältigen Analyse kann im einzelnen geprüft werden, ob und welche politischen Konsequenzen kurz-, mittel- oder langfristig zur Erwägung gestellt werden sollten.

Die Leitsätze des Urteils des Bundesverfassungsgerichts und die wesentlichen Gründe dafür werden von der CDU positiv bewertet. Das Urteil trägt sowohl der Funktionsfähigkeit der Unternehmen als auch der Mitbestimmung der Arbeitnehmer Rechnung. Die Beschlüsse des CDU-Parteitags 1973 in Hamburg und die Aussage im Ludwigshafener Grundsatzprogramm von 1978 werden durch dieses Urteil bestätigt.

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat bei den Beratungen des Mitbestimmungsgesetzes entscheidend dazu beigetragen, daß das Mitbestimmungsgesetz dem Gesichtspunkt der Funktionsfähigkeit der Unternehmen wie auch den verfassungsrechtlichen Anforderungen und den Mitwirkungsrechten der Arbeitnehmer Rechnung trägt. Dies beweisen die von der CDU/CSU erzwungenen Anhörungsverfahren im Gesetzgebungsgang einschließlich eines verfassungsrechtlichen Anhörungsverfahrens, die zu wesentlichen Änderungen der ursprünglichen Regierungsvorlage und letztlich zu einer gesetzlichen Regelung geführt hatten.

③ Mit der vorgeschlagenen Regelung werden zugleich diejenigen Mordfälle aus der Zeit des Nationalsozialismus erfaßt, bei denen die Verjährung der Strafverfolgung noch nicht unterbrochen ist und deshalb mit Ablauf des Jahres 1979 verjähren könnten. Für diese gilt es im besonderen Maße, die Entschlossenheit der Rechtsordnung zu betonen, den Schutz des Lebens zu sichern und deshalb Verbrechen zu verfolgen, die soviel Leid über eine unermesslich große Zahl von Menschen gebracht und das Vertrauen in die Rechts-

ordnung des deutschen Volkes so fundamental erschüttert haben.

Der Antrag ist von nachstehenden Abgeordneten unterschrieben:

Dr. Gradi, Katzer, Blumenfeld, Dr. Mikat, Dr. Biedenkopf, Josten, Dr. Müller-Hermann, Gerster (Mainz), Wohlrabe, Frau Dr. Riede (Oeffingen), Kittelmann, Breidbach, Frau Pieser, Luster, Redemann, Schröder (Lüneburg), Dr. Pfennig, Frau Berger (Berlin), Stommel, Conrad (Riegelsberg), Dr. Stercken, Russe, Frau Dr. Wisniewski, Schartz (Trier), Benz, Müller (Wadern), Frau Tübler.

■ INFORMATION

Politische Mitte in Europa gestärkt

Aus Anlaß des Wahlsieges der regierenden Zentrumspartei in Spanien schickte der Generalsekretär Heiner Geißler Ministerpräsident Suárez und seiner Partei ein Glückwunschtelegramm. Geißler erklärte dazu, die seit Gründung der UCD bestehenden Kontakte zwischen CDU und UCD hätten auch dazu geführt, daß sich die CDU in besonderem Maße verpflichtet fühle, sowohl gegenüber der Bundesregierung als auch in den europäischen Gremien, in denen die CDU vertreten sei, mit großem Engagement für den Beitritt Spaniens in die Europäische Gemeinschaft zu werben. Der Wahlsieg habe zu einer weiteren Stärkung der politischen Kräfte der Mitte in Europa beigetragen.

Eurokommunismus offensiver angehen

Zu einer offensiven Auseinandersetzung mit den kommunistischen Parteien Europas haben führende CDU-Politiker in Baden-Baden aufgerufen. Bei einer CDU-Tagung zum Thema „Kommunismus in Europa“ wurde dazu aufgefordert, die Grundwerte christlich-demokratischer Politik deutlich herauszustellen. Kurt Biedenkopf unterstrich die Notwendigkeit, daß die christlichen Parteien im Europäischen Parlament auch Probleme aufgreifen müßten, die von kommunistischen Parteien aufgeworfen werden. Die christlichen Parteien dürften sich nicht aus einer „falsch verstandenen Links-Rechts-Zuordnung“ den Zugang zu aktuellen Problemen versperren. Es sei nicht Ziel der CDU,

sozialdemokratische und sozialistische Parteien in eine „zwangsläufige Solidarisierung“ mit dem Kommunismus zu drängen. Hans Filbinger erklärte, angesichts der bevorstehenden Europawahl müsse sich die CDU für die „Berührung“ mit den Kommunisten „wappnen“. Ein „schleichender Prozeß der Gewöhnung“ habe zur Blindheit gegenüber den Provokationen und Gefahren des Kommunismus geführt.

Über 4 000 Mitglieder verließen Münchner SPD

Seit 1972 bis Ende 1978 haben über 4 000 Mitglieder die Münchner SPD verlassen. Nach einem kürzlich veröffentlichten SPD-Bericht ging der Mitgliederstand damit zum 31. Dezember vergangenen Jahres auf 11 850 zurück. Allein 1978 sank der Mitgliederstand um über 200. Der Mitgliederrückgang in den vergangenen sechs Jahren wird in der Hauptsache auf die lange anhaltenden schweren Auseinandersetzungen mit den „Linken“ in der Münchner SPD zurückgeführt.

CDU will Vietnam- Flüchtlingen helfen

Vietnamflüchtlingen „praktische und handfeste Hilfe“ zu leisten, ist das Ziel einer als überparteilich geplanten Aktion „Vietnam-Büro“, die der CDU-Bundestagsabgeordnete Elmar Pieroth und der Bundesvorsitzende der Jungen Union, Matthias Wissmann, ins Leben gerufen haben. Bei der Vorstellung in Bonn kündigten die beiden Initiatoren die Gründung eines Arbeitskreises innerhalb der neuen Organisation an, dem unter anderem Experten aus mit Flüchtlingsfragen befaßten Behörden sowie aus den Wohlfahrtsverbänden an-

gehören sollen. Kontakte mit kirchlichen Organisationen, so dem christlichen Jugenddorfwerk, seien geknüpft, Verbindungen zu Gewerkschaften und Länderbehörden gewünscht.

Die Bundesrepublik hat im vergangenen Jahr zugesagt, 3 000 Vietnamflüchtlinge aufzunehmen. Bislang sind knapp über 2 000 eingetroffen. Das „Vietnam-Büro“ legt das Schwergewicht auf Maßnahmen zur vollen Eingliederung der Flüchtlinge und versucht sicherzustellen, daß es „nicht zu Ghettobildungen, gesellschaftlicher Isolation und zu sozialer Deklassierung“ kommt.

Schwerer Verdacht nicht entkräftigt

Der Parlamentarische Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Philipp Jenninger hat folgende parlamentarische Anfragen an die Bundesregierung gerichtet:

1. Welche Maßnahmen im einzelnen hat die Bundesregierung unternommen, um die Weitergabe geheimer Dokumente aus dem Kanzleramt an die Presseorgane „Stern“ und „Spiegel“ aufzuklären?
2. Welche Maßnahmen hat oder wird die Bundesregierung einleiten, um eine solche Weitergabe geheimer Dokumente in Zukunft zu unterbinden?

Ergänzend dazu erklärt Jenninger: Ein nicht minderer Skandal als die Veröffentlichung geheimer Dokumente des Kanzleramtes ist die Gleichgültigkeit, die die Bundesregierung diesem Vorgang entgegenbringt. Der offenkundige und überaus schwerwiegende Verdacht, das Kanzleramt beteilige sich im Zusammenwirken mit regierungsfreundlichen Presseorganen an einer Kampagne gegen den Bundestagspräsidenten, scheint die Bundesregierung ebenso

wenig zu beunruhigen, wie der Geheimsverrat selbst. Indem die Bundesregierung Untersuchungen des Vorganges sogar öffentlich für sinnlos erklärt, ermutigt sie geradezu zu ähnlichen Amtspflichtverletzungen auch in Zukunft und gefährdet damit jede vernünftige Regierungstätigkeit.

Das „Penicillin“ gegen den Marxismus

Als Hauptvoraussetzung zur Erhaltung der Freiheit Europas bezeichnete der CDU-MdB Philipp von Bismarck das Wirksamwerden der Idee der Sozialen Marktwirtschaft in allen Mitgliedsstaaten der Europäischen Gemeinschaft. Sie sei das „wirksame Penicillin“ gegen Marxismus, dessen Krankheitskeime Europas wirtschaftliche und soziale Gesundung gefährdeten.

Europa habe nicht die Aufgabe, eine dritte Weltmacht zu werden. Seine Chance und historische Bestimmung sei es vielmehr, eine Art „Schweiz der Welt“ zu sein: Wirtschaftlich und sozial gesund, friedfertig, ungeeignet als Angreifer, aber wehrhaft wie ein Igel, ein zuverlässiger Lieferant von technischem Wissen und Kapital, somit ein Ausgleichsgewicht für die Friedensbalance der Welt.

Sollte es den Sozialisten in Europa gelingen, die Macht zu erringen, wäre es mit der Sozialen Marktwirtschaft in unserem Lande und damit auch in Europa bald vorbei. Wesentlichste Aufgabe sei es in diesem Zusammenhang, die Gewerkschaften davon zu überzeugen, daß auch ihre Freiheit nur gesichert bleibe, wenn es gelinge, den Marxismus durch das Modell der Sozialen Marktwirtschaft endgültig zu überwinden.

■ EVANGELISCHER ARBEITSKREIS

Protestanten in der Union zu den Herausforderungen unserer Zeit

Mehr als 750 Dauerteilnehmer der diesjährigen Bundestagung des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU, die unter dem Leitthema „Protestanten in der Union zu den Herausforderungen der Zeit“ vom 2. bis 4. März in Wuppertal stattfand, waren der sichtbare Ausdruck für das große Interesse, das die Tätigkeit und Aufgabenstellung des Arbeitskreises nach wie vor in der breiten Öffentlichkeit finden.

Und so war es gewiß auch kein Zufall, daß der rheinische CDU-Landesvorsitzende Heinrich Köppler in seinem Grußwort darauf verwies, daß der Arbeitskreis heute noch genau so wichtig sei wie zu Zeiten seiner Gründung. Begonnen hatte die 23. Bundestagung mit einem Abendgespräch, auf dem der Theologe, Landesbischof Prof. D. Eduard Lohse aus Hannover, und der Politiker, Ministerpräsident Lothar Späth aus Stuttgart, ihre Ansichten „Über die Freiheit eines Christenmenschen“ darlegten.

Bischof Lohse forderte die Unionsprotestanten dabei auf, in der Freiheit eines Christenmenschen zu leben, nicht zu resignieren, sondern stets neuen Mut aufzubringen, um wieder von vorne zu beginnen und neuen Einsatz zu wagen. Dabei sei auch der Politiker gefordert, seine Hoffnung allein auf den Trost des Evangeliums zu setzen. Lo-

thar Späth stellte die nach seiner Überzeugung wichtigen zwei Kriterien dar, durch die sich der christliche Politiker von anderen unterscheidet. Zum einen — so sagte Lothar Späth — leite dieser den Auftrag zur politischen Aktivität mindestens zum Teil aus seiner christlichen Verpflichtung ab, sich in dieser Welt für eine möglichst menschliche Ordnung einzusetzen. Und zum anderen sei er sich der Unvollkommenheit seiner Bemühungen besonders bewußt, was bedeute, daß der Christ von vornherein es ablehne, von Staats wegen Sinngebung zu verordnen oder das Paradies auf Erden herbeizwingen zu wollen.

Im Mittelpunkt der Tagung standen am Samstag vormittag Referate des Hamburger Theologen Prof. Dr. Christian Walther — er rief zum Grundkonsens aller Demokraten auf und erklärte darüber hinaus, daß Politik und Theologie einander einen notwendigen Dienst zu erfüllen hätten — sowie des EAK-Bundesvorsitzenden, Kultusminister Roman Herzog. Dieser stellte dabei die Frage, ob die Pluralisierung unserer Gesellschaft nicht in den letzten Jahren einen Grad erreicht habe, der ernsthaft die Frage herausfordere, ob nicht die Zeit zu einer Tendenzwende gekommen sei.

Insbesondere befaßte sich Herzog aber auch mit den Strukturen unserer Zeit und forderte auf, sich den geistigen Herausforderungen verstärkt zu stellen.

Er erklärte, daß der Flut des Rationalismus, die unsere Zeit bestimmte, die Irrationalität des Wortes Gottes entgegen gestellt werden müsse. Eines — so sagte Roman Herzog — ist Tatsache: Wo in den letzten Jahren Christen die Herausforderung des Kreuzes auch als Herausforderung verstanden und in die Welt gestellt haben, hatten sie einen starken Zulauf; gerade auch bei der Jugend. Da haben Menschen auch jene innere Widerstandskraft gefunden, die sie brauchen, um mit der Undurchschaubarkeit ihrer Welt fertig zu werden. Wer sich in seiner Welt nicht mehr zurechtfindet, der denkt vielleicht auch daran, sich den Weg durch einen Blick nach oben weisen zu lassen.

Im Hinblick auf die Europawahlen erklärte Roman Herzog, daß man uns in der Weltpolitik bald fragen würde, aus welchem Geist wir dieses Europa gestalten wollten und welchen Geist wir zur Ordnung der Welt beizutragen bereit wären. Seine Antwort hierauf: Sagen wir getrost, wir hätten die Idee der menschlichen Persönlichkeit und ihrer Freiheit einzubringen. Das ist das Beste, was in Europa herangereift ist! Aber wirken wird diese große Idee erst, wenn die Völker der Welt spüren, daß wir sie nicht als Ausrede für unsere eigene Bequemlichkeit benutzen, sondern daß wir imstande sind, für sie zu werben und zu kämpfen, und daß wir bereit sind, für sie auch Opfer zu bringen. Und überzeugen wird sie erst, wenn wir zeigen können, daß wir Freiheit nicht um unseres Egoismus willen, sondern um der Menschlichkeit willen auf die Fahnen schreiben.

Mit dieser oft von Beifall unterbrochenen Rede hatte Roman Herzog gleichzeitig Anregungen und Impulse für die am Nachmittag stattfindenden Arbeits-

kreise gegeben, die sich mit Fragen des Marxismus, des Religionsunterrichts, der Dritten Welt und Europa beschäftigten.

Einen besonderen Höhepunkt bildete am Sonntag morgen — nach gemeinsamem Gottesdienstbesuch — die Schlußansprache von Bundestagspräsident Karl Carstens, der sich dafür einsetzte, daß dem nach außen geübten Frieden der innere gleichwertig zur Seite gestellt werden müsse. Carstens erläuterte aus seiner Überzeugung als Christ sein Verständnis zu den christ-demokratischen Grundwerten Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit und forderte insbesondere zur Nächstenliebe auf.

Roman Herzog versicherte Karl Carstens der vollen Unterstützung der Protestanten in der Union — stürmischer konnte der Applaus der mehr als tausend Zuhörer nicht sein, die sich damit hinter diese Aussage stellten.

Eine der wichtigsten Aufgabenstellungen der Wuppertaler Tagung des Evangelischen Arbeitskreises bestand darin, die Protestanten in der CDU/CSU und engagierte evangelische Christen — die nicht der Union als Mitglied angehören — zu Gespräch und Diskussion zusammenzuführen. Diese Linie setzte sich auch in den einzelnen Arbeitskreisen fort.

Der Evangelische Arbeitskreis hält diese Öffnung seiner Arbeit für ein wesentliches Kriterium. Denn nur so wird es möglich sein, die eigene Position immer wieder einer kritischen Prüfung zu unterziehen. Der Anspruch der Protestanten in der Union, liberales Forum der CDU/CSU zu sein, wurde gerade durch die Arbeit in den vier Arbeitskreisen dieser Tagung nachdrücklich unterstrichen.

■ EXIL-CDU

Solange Deutschland gespalten ist bleibt auch Europa gespalten

Zur Eröffnung der Deutschland-Tagung der Exil-CDU und ihres 15. Parteitages in Lübeck-Travemünde vom 2. bis 4. März 1979 ging ihr Vorsitzender, MdB Johann Gradl, auf die große Propagandakampagne Ost-Berlins anlässlich des bevorstehenden 30. Jahrestages der Gründung der DDR ein.

Dazu dürften Demokraten nicht schweigen — am wenigsten die, die selber nach Kriegsende redlich versuchten, auch unter sowjetischen Besetzungsverhältnissen eine Demokratie nach deutschen Vorstellungen zu schaffen. Bereits Ende 1947 indessen sei der erste Volkskongreß entstanden, dessen Delegierte nicht durch freie Wahlen, sondern durch Zuruf manipulierter Massenversammlungen entsandt wurden — der Beginn einer Volksdemokratie mit Vorbildcharakter für Gesamtdeutschland.

Druck und Gewalt der Besatzungsmacht und der deutschen Kommunisten ließen schließlich fast die gesamte Führungsschicht der mitteldeutschen CDU den Weg des politischen Flüchtlings gehen. Die Antwort war die offizielle Errichtung der Exil-CDU, die politische Fortsetzung der echten CDU Mitteldeutschlands. „Wir sind einer der lebenden Beweise der undemokratischen Entstehung der DDR“, die nicht aus dem Willen des deutschen Volkes, son-

dern aus der Macht der Sowjetunion entstand. „Uns im freien Teil Deutschlands“, rief der Redner aus, „ist die Freiheit nicht nur für uns gegeben, sondern dafür, daß wir sie auch für die Deutschen drüben nutzen!“

Ministerpräsident Gerhard Stoltenberg bezeichnete die Delegierten des Exil-CDU-Parteitages als die wahren Repräsentanten der CDU Mitteldeutschlands, auch wenn sie das ihr gegebene Mandat vor langer Zeit erhielten. Die Menschen drüben — gerade die jüngere Generation — würden die Teilung nicht als endgültig ansehen. Der nationale Anspruch auf Selbstbestimmung dürfe niemals aufgegeben werden.

Der SPD warf der Landesvorsitzende der CDU Schleswig-Holstein eine zunehmende Verwässerung ihrer früher eindeutigen Abgrenzung zum Kommunismus vor.

Europa und die deutsche Frage

In seinem Referat über „Europa und die deutsche Frage“ betonte Johann B. Gradl, daß die Verwirklichung der deutschen Einheit in unbestimbarer Ferne liege, während die Europapolitik mit den Wahlen in den Nahbereich des Unmittelbaren rücke. Dies könnte in der Bundesrepublik den Eindruck vermitteln, die Frage nach Deutschland als Ganzem werde unbeschadet rechtlicher

Vorbehalte und humanitärer Bemühungen de facto mehr und mehr politisch stillgelegt. Die Folge wäre wachsende Resignation oder auf Dauer sogar Abkehr von dem Problem und der Not der Spaltung. In der jetzigen Phase stelle sich daher unausweichlich die Aufgabe, die bundesdeutsche Europapolitik in ihren gesamtdeutschen Bezügen und Perspektiven zu verdeutlichen.

Nicht übersehen werden dürfe, daß bei unseren westlichen Nachbarn nicht mit einem besonderen Engagement für die Bewältigung der deutschen Frage zu rechnen sei. Als ein um so wertvollereres Zeichen müsse es gewertet werden, daß die christlichen Demokraten und gleichgesinnte Parteien, die zur europäischen Volkspartei vereint in die europäischen Wahlen gehen, in ihrem gemeinsamen politischen Programm sich zum Recht des deutschen Volkes auf Selbstbestimmung und zu West-Berlin als Teil der Europäischen Gemeinschaft bekennen würden.

Es liege im eigensten Interesse Europas, daß mit Mitteln friedlicher Politik die Zerreißung Deutschlands abgebaut und schließlich überwunden werde: „Solange Deutschland gespalten ist, bleibt Europa gespalten. So lange aber kann zwar in Europa Waffenruhe herrschen, nicht jedoch ein gesicherter Friede!“

Entwicklungen im Weltkommunismus

Nach einem Vortrag von Professor Dr. Karl Thalheim über „DDR-Systemkritik aus den eigenen Reihen“, in denen die Thesen Havemanns und Bahros beleuchtet und analysiert wurden, sprach der 2. Vorsitzende der Exil-CDU, Siegfried Dübel, über „Geistig-politische

Entwicklungen im Weltkommunismus und die deutsche Frage“.

Es gebe wieder Stimmen, wonach eine mögliche sowjetische Gegenoffensive gegen das amerikanisch-rotchinesische Zusammengehen auch die Frage der deutschen Wiedervereinigung ins Spiel bringen könnte. Dieses Problem werde aus der in Bewegung geratenen Politik nicht mehr ausgeklammert werden können. Moskau — außenpolitisch und ideologiepolitisch in Abwehrreaktion geraten — werde von sich aus über kurz oder lang die Frage in die Debatte werfen — wohl wissend, daß sie trotz ständiger wiederholter gegenteiliger Beteuerungen bisher nicht gelöst sei. Die Sowjetunion würde dies sicherlich zunächst nur in der Absicht tun, in der Welt (vor allem im Westen) Verwirrung zu stiften. Wenn dies aber zu keinem Erfolg führe, wenn keine Entlastung ihrer außenpolitischen Situation erreicht werde, würden gewiß auch ernst gemeinte Vorstöße erfolgen.

Die deutsche Politik sei daher gut beraten, wenn sie sich — anders als Bundeskanzler Schmidt es nach seinen kürzlichen Äußerungen sieht — wieder rechtzeitig um die deutsche Frage kümmere — nicht nur, weil es ihr Auftrag nach dem Grundgesetz sei, sondern auch die politische Notwendigkeit an sie herangetragen werde. „Mögen wir klug genug sein“, mahnte der Redner, „sie zu erkennen, und bereit genug, sie zu ergreifen“.

Zum Abschluß des 15. Parteitages der Exil-CDU wählten die einzelnen Landesgruppen ihre Sprecher sowie ihre Delegierten zum bevorstehenden CDU-Bundesparteitag.

■ RCDS

Freiheit des Studiums durchsetzen

Auf seiner 30. ordentlichen Bundesdelegiertenversammlung in Mainz wählte der Ring Christlich Demokratischer Studenten (RCDS) einen neuen Bundesvorstand.

Zum Bundesvorsitzenden wurde der bisherige stellvertretende Bundesvorsitzende Stephan Eisel, 23, Geschichtsstudent an der Universität Marburg gewählt.

Er folgt damit Günther Heckelmann im Amt, der aus Studiengründen nicht mehr kandidierte. Stellvertretende Vorsitzende wurden Stefan Dingerkus, 21, Maschinenbaustudent an der Technischen Hochschule Aachen, sowie Heinz Neubauer, 21, Wirtschaftsingenieurstudent an der Universität Karlsruhe.

Als Gäste waren u. a. Generalsekretär Heiner Geißler, der westfälische CDU-Vorsitzende Kurt Biedenkopf, die rheinland-pfälzische Kultusministerin Hanna-Renate Laurien und der Vorsitzende der GEW, Erich Frister nach Mainz gekommen. Sie sicherten dem RCDS auch in Zukunft ihre Unterstützung in seiner Arbeit zu. Das Hauptreferat wurde vom rheinland-pfälzischen Ministerpräsidenten Bernhard Vogel gehalten.

Im kommenden Jahr wird sich der RCDS vorrangig für die Schaffung der Bundesstudentenkonferenz einsetzen, die entsprechend der tatsächlichen Mehrheitsverhältnisse an den Hochschulen zusammengesetzt sein soll. Der RCDS forderte die Jungsozialisten auf,

ihre Volksfrontpolitik mit Kommunisten endlich zu beenden und die Einrichtung einer Bundesstudentenkonferenz zu unterstützen.

Des weiteren wird die im vergangenen Jahr erfolgreich begonnene Mitarbeit an der Durchsetzung einer wissenschafts- und praxisorientierten Studienreform fortgesetzt. Ziel einer solchen Studienreform muß es sein, daß die qualifizierte und weltweit anerkannte Ausbildung der deutschen Studenten ohne staatliche Reglementierung von Studienzeiten aufrechterhalten wird. Der RCDS lehnt daher nach wie vor die Regelstudienzeit mit Zwangsexmatrikulation als übersteigerten Ausdruck staatlichen Eingriffs in die Hochschulautonomie ab.

Im Jahr der ersten Direktwahl zum Europäischen Parlament wird sich auch der RCDS mit der Frage der europäischen Einigung umfassend beschäftigen. Daß diese Frage auch Schwerpunkt der Arbeit von befreundeten Studentenverbänden im europäischen Ausland ist, wurde durch die Grußworte von französischen, englischen, norwegischen, niederländischen, maltesischen und zypriotischen Studentenvertretern zum Ausdruck gebracht.

Der RCDS tritt weiterhin entschieden für die Abwehr von Verfassungsfeinden im öffentlichen Dienst ein und hält daher die Regelanfrage für unverzichtbar, allerdings soll diese Regelanfrage erst im engeren Bewerberkreis zum Tragen kommen.

UNION BETRIEBS GMBH
5300 BONN
ARGLANDERSTRASSE 173
POSTVERTRIEBSSTÜCK
Z 8398 CX
GEBUHR BEZAHLT

TERMINE

- 11.3. JU Bremen, Landestag
- 16.3. LV Westfalen-Lippe
Landesvorstand, Dortmund
- 16./17.3. LV Rheinland, Sozialausschüsse,
Hauptversammlung, Hilden
- 17.3. LV Westfalen-Lippe
Sozialausschüsse
Landeskonferenz, Münster
- 17.3. LV Hessen
Landesparteitag, Bensheim
- 18.3. JU Schleswig-Holstein
Landestagung, Rendsburg
- 19.3. CDU — Bund
Bundesvorstand, Bonn
- 19.3. LV Rheinland-Pfalz
Landesvorstand, Mainz
- 19.3. LV Baden-Württemberg
Präsidium und Landesvorstand,
Stuttgart
- 20.3. CDU — Bund
Landesgeschäftsführerkonferenz
Bonn
- 24.3. CDU Niedersachsen
Frauenvereinigung
Delegiertenversammlung
Braunschweig
- 24.3. CDU — Bund
Präsidium, Kiel
- 24.3. CDU — Bund
Bundesvorstand, Kiel
- 24.3. CDU — Bund
BFA „Sicherheitspolitik“, Bonn
- 25.3. JU Bremen
Landestag, Bremen
- 25./27.3. CDU — Bund
27. Bundesparteitag, Kiel
- 29.3. LV Westfalen-Lippe
Kreisgeschäftsführerkonferenz
- 31.3. KPV/NW
22. Delegiertenversammlung
Dortmund
- 31.3. BV Nordwürttemberg
Bezirksparteitag
- 2.4. LV Rheinland
Mittelstandsvereinigung
- 18. Mittelstandstag, Aachen
- 4.4. LV Rheinland
Kreisgeschäftsführerkonferenz
Köln
- 9.4. LV Baden-Württemberg
Präsidium und Landesvorstand
Stuttgart
- 21./22.4. JU Rheinland
Landestagung, Leverkusen.
- 22.4. LV Bremen
Landesparteitag, Bremen
- 23.4. CDU — Bund
Präsidium, Bonn
- 25.4. CDU — Bund
Sozialausschüsse
Landessozialsekretärskonferenz
Königswinter
- 26.4. LV Hessen
Kreisgeschäftsführertagung, Lich

Union in Deutschland — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Für den Inhalt verantwortlich: Heinz Winkler, 5300 Bonn, Konrad-Adenauer-Haus, Telefon (0 22 21) 54 41. Verlag: Union Betriebs GmbH, 5300 Bonn, Argyllstraße 173, Telefon (0 22 21) 22 10 81; Verlagsleitung: Peter Müllenbach. Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto-Nr. 7 504 152, BLZ 380 500 00, Postscheckkonto Köln, Nr. 2214 31-502, BLZ 370 100 50. Abonnementspreis jährlich 40,— DM. Einzelpreis 1,— DM. Druck: VVA-Druck, Düsseldorf.

UiD